

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann, Leni Schwarze, Jannes Hagemeier, Michal Mielewczyk, Emma Söncksen (LSS, Stellv. LSS, Stellv. LSS, SV-Eckener-Schule, SV-BBZ Rendsburg-Eckernförde)

Titel: **Gendergerechte Sprache ist Pflicht –
Unsichtbarkeit ist Gewalt**

Antragstext

1 Das Landesschüler*innenparlament fordert die verbindliche Einführung
2 gendergerechter Sprache in sämtlichen schulischen Kontexten, einschließlich
3 aller offiziellen Dokumente, Ordnungen, Formulare, Zeugnisse und
4 Veröffentlichungen.

5 Diese Forderung basiert auf gesicherten sprachwissenschaftlichen Erkenntnissen,
6 wonach Sprache Wahrnehmung, Rollenbilder und soziale Realität prägt. Zahlreiche
7 Studien belegen, dass das generische Maskulinum andere Geschlechter systematisch
8 unsichtbar macht und stereotype Vorstellungen verstärkt.

9 Schulen haben den Auftrag, Gleichberechtigung nicht nur zu lehren, sondern zu
10 leben. Wer sich weigert, Schüler*innen sprachlich sichtbar zu machen,
11 entscheidet sich aktiv gegen Inklusion. Die Ablehnung gendergerechter Sprache
12 ist kein sachlicher Einwand, sondern ein politisches Statement zugunsten
13 bestehender Machtverhältnisse.

14 Gleichberechtigung ist keine Meinungsfrage. Sie ist Bildungsauftrag.

Begründung

Sprache ist nicht neutral. Sie entscheidet darüber, wer sichtbar ist und wer nicht. Jahrzehntelange sprachwissenschaftliche Forschung zeigt: Wer sprachlich nicht genannt wird, wird gedanklich nicht mitgemeint.

Das generische Maskulinum ist keine harmlose Konvention, sondern ein Ausschlussmechanismus. Schulen, die sich weigern, gendergerecht zu kommunizieren, reproduzieren Ungleichheit, bewusst oder unbewusst.

Wir reden hier nicht über persönliche Meinungen, sondern über institutionelle Verantwortung. Schulen vermitteln Werte. Wer Gleichberechtigung ernst meint, muss sich auch sprachlich umsetzen.

Alles andere ist nicht Tradition, sondern Bequemlichkeit auf Kosten anderer.